

---

**3438/J XXVI. GP**

---

**Eingelangt am 25.04.2019**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Anfrage**

**der Abgeordneten Michael Bernhard, Kolleginnen und Kollegen  
an den Bundeskanzler  
betreffend Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion im BKA**

Da der vom Menschen verursachte unkontrollierte Ausstoß von CO<sub>2</sub> in den letzten zwei Jahrhunderten Hauptursache für den Klimawandel ist, hat sich die internationale Staatengemeinschaft im Zuge des Übereinkommens von Paris darauf geeinigt, Maßnahmen zu setzen, um Emissionen massiv einzuschränken und den globalen Temperaturanstieg auf unter 2°C zu begrenzen. Dementsprechend ist auch die Republik Österreich im Rahmen europäischer Vorgaben und eigener politischer Zielsetzungen dazu verpflichtet, deutliche Fortschritte zu erzielen und so ihren Beitrag zum Pariser Klimaabkommen zu leisten.

Leider blieben Fortschritte in der Reduktion der Treibhausgasemissionen in Österreich bisher aus. Zahlen des Umweltbundesamts zeigen einen kontinuierlichen Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen in den letzten drei Jahren. Vor allem die Entwicklung im Verkehrssektor ist problematisch: Seit 1990 kamen hier 9,9 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent hinzu. Emissionen des von heimischen Flughäfen ausgehenden Flugverkehrs stiegen von 0,9 auf 2,3 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent. Auch in Bezug auf Maßnahmen im Bereich Energieeffizienz gestand die zuständige Bundesministerin bereits im November 2018 ein, dass das Ziel, den Endenergieverbrauch bis 2020 auf 1.050 PJ zu reduzieren, höchstwahrscheinlich nicht erreicht werden wird. Im Gegenteil: Österreich verzeichnete 2017 sogar einen Anstieg des Primär- und Endenergieverbrauchs.

Der überwältigende wissenschaftliche Konsens betont unmissverständlich die gravierenden Folgen eines Verfehlens internationaler Klimaziele und dessen destabilisierende Auswirkungen auf Österreich. Gleichzeitig ist eine Trendwende in der österreichischen Klimapolitik - nicht zuletzt aufgrund vieler konträrer Interessen - nicht absehbar. Aufgrund dieser besorgniserregenden Entwicklungen wäre es dringend notwendig, dass alle Mitglieder der österreichischen Bundesregierung mit gesamtgesellschaftlicher Vorbildwirkung vorangehen und in ihren Ressorts alle möglichen Maßnahmen zur Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen einleiten.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## Anfrage:

1. Welche CO<sub>2</sub>-Bilanz verzeichnete das BKA hausintern bzw. in sämtlichen untergeordneten Dienststellen und Anstalten öffentlichen Rechts in den Jahren 2009-2018? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr inkl. untergeordneter Dienststellen sowie Anstalten öffentlichen Rechts)
2. Wie kommentiert das BKA diese CO<sub>2</sub>-Bilanz hinsichtlich der angestrebten Emissionsreduktion der Republik Österreich?
3. Hat das BKA hausintern bzw. in sämtlichen untergeordneten Dienststellen und Anstalten öffentlichen Rechts ein jährliches CO<sub>2</sub>-Budget?
  - a. Wenn ja, welches?
  - b. Wenn nein, warum nicht?
4. Welchen Energieverbrauch (Strom, Wärme etc.) verzeichnete das BKA hausintern bzw. in sämtlichen untergeordneten Dienststellen und Anstalten öffentlichen Rechts in den Jahren 2009-2018? (Bitte um Aufschlüsselung nach Jahr inkl. untergeordneter Dienststellen sowie Anstalten öffentlichen Rechts)
5. Wie kommentiert das BKA diesen Energieverbrauch hinsichtlich der Energieeffizienzziele der Republik Österreich?
6. Gibt es im BKA einen Plan, um die verursachten CO<sub>2</sub>-Emissionen hausintern bzw. in sämtlichen untergeordneten Dienststellen und Anstalten öffentlichen Rechts zu reduzieren?
  - a. Wenn ja, welche Zielsetzungen, Zeitpläne und Vorgaben beinhaltet dieser Plan? (Bitte um Aufschlüsselung inkl. untergeordneter Dienststellen und Anstalten öffentlichen Rechts)
  - b. Wenn nein, warum nicht?
7. Gibt es im BKA einen Plan, um den Energieverbrauch hausintern bzw. in sämtlichen untergeordneten Dienststellen und Anstalten öffentlichen Rechts zu reduzieren?
  - a. Wenn ja, welche Zielsetzungen, Zeitpläne und Vorgaben beinhaltet dieser Plan? (Bitte um Aufschlüsselung inkl. untergeordneter Dienststellen und Anstalten öffentlichen Rechts)
  - b. Wenn nein, warum nicht?
8. Welche konkreten Maßnahmen (organisatorisch, baulich, infrastrukturell etc.) hat das BKA 2009-2018 gesetzt, um die CO<sub>2</sub>-Emissionen hausintern bzw. in sämtlichen untergeordneten Dienststellen und Anstalten öffentlichen Rechts zu reduzieren?
9. Welche Reduktion an CO<sub>2</sub>-Emissionen wurde so erreicht bzw. erwartet das BKA in Zukunft aufgrund dieser Maßnahmen? (Bitte um Aufschlüsselung inkl. untergeordneter Dienststellen und Anstalten öffentlichen Rechts)
10. Wie viel wurde 2009-2018 vom BKA in Maßnahmen investiert, um CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren?
11. Inwiefern wird das Personal des BKA und sämtlicher untergeordneter Dienststellen und Anstalten öffentlichen Rechts geschult, um CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren?

12. Wie viele Flüge absolvierten Mitarbeiter\_innen des BKA (inkl. untergeordneter Dienststellen und Anstalten öffentlichen Rechts) in den Jahren 2009-2018 und wie vielen Tonnen CO2 entspricht das?
13. Gibt es Bemühungen bzw. konkrete Vorgaben, die Anzahl der Flüge von Mitarbeiter\_innen des BKA zu reduzieren?
  - a. Wenn ja, welche konkret und seit wann?
  - b. Wenn nein, warum nicht?
14. Wie viele Dienstfahrten absolvierten Mitarbeiter\_innen des BKA (inkl. untergeordneter Dienststellen und Anstalten öffentlichen Rechts) in den Jahren 2009-2018 und wie vielen Tonnen CO2 entspricht das?
15. Gibt es Bemühungen bzw. konkrete Vorgaben, die Anzahl der Dienstfahrten von Mitarbeiter\_innen des BKA zu reduzieren?
  - a. Wenn ja, welche konkret und seit wann?
  - b. Wenn nein, warum nicht?
16. Welche technischen Möglichkeiten hat das BKA, um moderne Telekonferenzen bzw. virtuelle Konferenzen abzuhalten und somit Reisetätigkeiten zu vermeiden? (Bitte um genaue Darstellung)
  - a. Welche diesbezüglichen Investitionen sind in Zukunft geplant?
  - b. Wenn diesbezüglich keine Investitionen geplant sind, warum nicht?
17. Haben Mitarbeiter\_innen des BKA und untergeordneter Dienststellen und Anstalten öffentlichen Rechts eine Option auf Homeoffice, um Arbeitswege bzw. Pendeln zu reduzieren?
  - a. Wenn ja, wie konkret und seit wann?
  - b. Wenn nein, warum nicht?